

untersucht den gescheiterten Versuch des britischen Zentralbankgouverneurs Montagu Norman, Privatbanken und Regierungen zur finanziellen Unterstützung der österreichischen Regierung zu bewegen. Deutlich wird, wie sehr das Geldwesen durch Weltkrieg und Politisierung zerrüttet wurde. Das zeigte sich wenige Jahre später erneut bei der von *Peter Eigner* untersuchten deutschen und österreichischen Bankenkrise am Beispiel der Boden-Credit-Anstalt, die fast einem Schneeballsystem glich. Der Vergleich des deutschen und amerikanischen Sparkassensystems von *Jeffrey Fear* und *Daniel Wadhvani* illustriert bis heute bedeutsame Gemeinsamkeiten und systemische Unterschiede.

Im zweiten Teil werden Facetten des Nationalismus und Sozialismus in seiner eigentümlichen Verbindung mit Rumpfstren von Marktwirtschaft und der Rolle von Wirtschaftsführern beleuchtet. *Dieter Ziegler* argumentiert auf der Grundlage von Untersuchungen der Branchen Stahl, Kohle, Banken und Textilien, dass keine NS-Kommandowirtschaft etabliert wurde, sondern der Gewinnmechanismus in einer geänderten Rahmenordnung erhalten blieb. Angemerkt sei: Eine Auflösung der Dichotomie Kommandowirtschaft – Marktwirtschaft würde den Blick auf eine „Organisationswirtschaft“ lenken. *Johannes Bär* zeigt durch einen Vergleich von Paul Reusch und Friedrich Flick plastisch, wie unterschiedlich sich Wirtschaftsführer unter der NS-Herrschaft verhalten konnten. Erwähnt sei noch *Heidrun Homburgs* Studie zur Rolle von Rechtsnormen sowie politikökonomischen Prozessen bei der Behandlung von Unternehmen in besetzten Gebieten am Beispiel der Elektroindustrie in Frankreich. Deutlich wird erneut die Komplexität der NS-Wirtschaftsweise.

Der sehr gut editierte Band bietet Anregungen für die Forschung und Akzentuierungen bestehender Kontroversen – ganz im Sinne von Gerald Feldmann durch eine konkrete Befassung mit den historischen Entwicklungen.

---

*Daniele Ganser*, Europa im Erdölrausch. Die Folgen einer gefährlichen Abhängigkeit. Zürich, Orell Füssli 2012. 414 S., € 24,95.

// DOI 10.1515/hzhz-2014-0412

---

Christian Pfister, Bern

Der Schweizer Historiker Daniele Ganser, Gründer und Leiter des „Swiss Institute for Peace and Energy Research“, legt ein lesenswertes Buch zur politisch-militärischen Bedeutung des Erdöls in Geschichte und Gegenwart vor. Die Flut des billigen

Erdöls, das zum wirtschaftlichen Aufschwung Westeuropas nach dem Zweiten Weltkrieg beitrug, wirkte als Rausch, der den Blick für die ökologischen und geopolitischen Nebenwirkungen vernebelte. In den ersten 14 Kapiteln resümiert Ganser die Geschichte Europas aus der Perspektive des Erdöls, hauptsächlich mit Blick auf die Schweiz, wobei er vieles aus einschlägigen Monographien zusammenfasst. Als roter Faden dienen ihm Versuche der U.S.-Politik, die globalen Erdölrressourcen zu kontrollieren. Im Falle des 1953 durch die CIA inszenierten Sturzes des demokratisch gewählten iranischen Präsidenten Mossadegh mag diese Sichtweise berechtigt sein. An anderer Stelle, so bei der Darstellung des japanischen Angriffs auf Pearl Harbour, wirkt sie jedoch einseitig, weil Ganser nur das Kalkül der U.S.-Regierung hervorstreicht, aber den Angriffskrieg der Japaner in China nicht mit einem Wort erwähnt. Dass die „Ölkrise“ von 1973 auf einer durch den Nahostkrieg medial geschürten Psychose und nicht auf einer realen Verknappung des Angebots beruhte, konnten aufmerksame Zeitgenossen schon Ende des Jahres nachlesen; doch ist diese Tatsache später vernebelt worden. In diesem Zusammenhang stellt Ganser die These des Journalisten William Engdahl in den Raum, ein Geheimgespräch von U.S.-Politikern und Geschäftsleuten habe im Frühjahr 1973 den Plan diskutiert, einen Anstieg des Erdölpreises durch eine künstliche Verknappung des Angebots herbeizuführen, um den Kursverfall des Dollars aufzuhalten. Zusammenhänge mit dem Ausbruch des „Yom Kippur-Krieges“ im Oktober können allerdings nicht hergestellt werden. In ähnlicher Weise greift Ganser Spekulationen auf, die Katastrophe von 9/11 sei durch die U.S.-Administration inszeniert worden, um den Irakkrieg zu legitimieren. Ob solches in eine wissenschaftliche Darstellung gehört, bleibe dahingestellt.

Aus der Gegenwartsperspektive thematisiert der Autor im letzten Teil des Buchs die Diskussion um „Peak Oil“, den Irakkrieg von 2003 sowie die Finanzkrise, die Energiewende und den Ausbau der erneuerbaren Energien. Ganser geht auf Themen ein, die von der Geschichtsschreibung üblicherweise nicht aufgegriffen werden, so auf den Bau von Pipelines sowie auf das statistisch-terminologische Verwirrspiel um den heutigen Umfang der globalen Erdölvorräte. Fluchtpunkt und Finale von Gansers Buch ist „Peak Oil“, der vor einigen Jahren tatsächlich eingetretene Rückgang der globalen Förderung von „konventionellem“ Erdöl. Die jüngste Entwicklung hat jedoch gezeigt, dass die Geschichte, auch jene des Erdöls, oft für Überraschungen gut ist.

Über die Gegenwart der Vergangenheit, die sich in unterschiedlicher und widersprüchlicher Weise in der individuellen Rückerinnerung, der wissenschaftlichen Erforschung und dem politischen Gebrauch von Geschichte widerspiegelt, wird seit der Zeitenwende von 1989 in vielen Staaten Europas ebenso intensiv wie kontrovers diskutiert. Zentrale Aspekte dieser Hochkonjunktur der Erinnerungs- und Geschichtspolitik behandeln in diesem Sammelband 22 Autoren aus unterschiedlichen nationalen Perspektiven und mit jeweils eigenen inhaltlichen Akzentuierungen. In ihren Beiträgen beleuchten sie verschiedene Facetten dieses weitläufigen Forschungsfeldes und konturieren seine interdisziplinäre Ausrichtung.

In das Blickfeld wird die Vielfalt und Verschiedenheit der europäischen Gedächtnislandschaft gerückt. Sie hat in den postkommunistischen Staaten Ostmitteleuropas während der Festigung und Legitimierung der neuen Demokratien andere Konturen ausgebildet als in Frankreich, wo der Versuch, die koloniale Vergangenheit des Landes durch ein Gesetz geschichtspolitisch einzuhegen, vor einigen Jahren auf massive Proteste stieß. Der Umgang mit der diktatorischen Vergangenheit führte in Portugal zu einer Rückkehr des Verdrängten, während für den deutschen Fall am Beispiel der Stasi-Renten analysiert wird, ob und inwieweit die auch für ehemalige Funktionäre der DDR geltenden Versorgungsprinzipien des Rechtsstaates mit dem Gerechtigkeitsgefühl der Opfer überhaupt in Einklang gebracht werden können. Hinzu kommen Beiträge, die sich mit der Substanz der seit einigen Jahren von Brüssel besonders geförderten europäischen Erinnerungspolitik beschäftigen und danach fragen, welche verbindende Funktion die gemeinsam erlebte und erlittene Geschichte in der Europäischen Union haben kann. In diesem Kontext wird die nationale und europäische Präsentation von Geschichte in Museen und Ausstellungen bewertet, also das symbolische Gewicht von Inszenierungen, deren exemplarische Sichtweise zwischen der Gedächtnis- und der Geschichtspolitik angesiedelt ist.

Zwei grundsätzliche Beiträge runden den Band ab. Einleitend analysiert *Stefan Troebst* den Begriff Geschichtspolitik als Analyserahmen und verdeutlicht, dass er keineswegs mit dem Terminus Erinnerungskultur identisch ist, der als umfassender